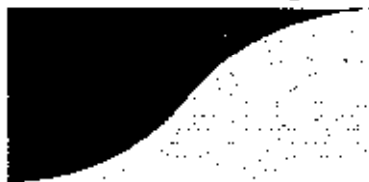


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbn d



Inhalt

Volker Neumann MdB warnt vor Schaden bei der Genfer-Menschenrechtskommission der UNO angesichts des Wirkens von Richard Jaeger. Seite 1

Uwe Holtz MdB, Stellvertretender Vorsitzender der Kommission für internationale Beziehungen beim SPD-Vorstand, erinnert an unsere Verpflichtungen gegenüber dem Volk der Sahrauis. Seite 3

Peter Würtz MdB fordert Minister Wörner auf, endlich die Dienstzeitbelastung der Soldaten in Ordnung zu bringen. Seite 5

Egon Lutz MdB würdigt den verstorbenen Vizepräsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Helmut Mintz: Wir müssen von einem der unseren Abschied nehmen. Seite 7

39. Jahrgang / 34

16. Februar 1984

Der Richard-Jaeger-Skandal schwelt weiter

In Genf gerät die Position der Bundesrepublik ins Zwielficht

Von Volker Neumann MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die Peinlichkeiten der Personalentscheidungen der Regierung Kohl/Genscher haben mit der Ernennung des früheren Bundestagsabgeordneten Richard Jaeger (CSU) zum Vertreter der Bundesrepublik in der UN-Menschenrechtskommission einen weiteren Höhepunkt gefunden. Der 70jährige Jurist wird nach den bekanntermaßen aussagekräftigen Beurteilungen des Innenministers Dr. Zimmermann in seiner Haltung "vom christlichen Menschenbild geprägt". Bei Jaeger äußert sich diese unter anderem in seiner Festigkeit bei der Forderung nach der Todesstrafe. Wiederum zeigt sich die Wende zum Bösen - dieses Mal in der Menschenrechtspolitik -, indem ausgerechnet der profilierteste Verfechter für die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Menschenrechtskommission die Initiative der Bundesrepublik aus der sozialliberalen Koalition zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe vertreten soll.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Erhältlich: Dienstag
mit dem ersten Kassenheft
Beurteilung-Papier



In Genf, am Tagungsort der Menschenrechtskommission wird die Ernsthaftigkeit der Forderung der Bundesrepublik nach Verwirklichung der Menschenrechte in allen Staaten der Welt mit dieser Personalentscheidung in Zweifel gezogen.

Jaeger hat seine außenpolitischen Erfahrungen bei Reisen in das Persien des Schah, in das nach eigenen Aussagen "wahre China", Taiwan, wo politische Gefangene heute noch verschwinden und das Portugal der Diktatur gesammelt. In Portugal hat er aus der Hand des Diktators einen Orden empfangen, den er mit Stolz vorzeigt. Kein Wunder, daß die rechtsradikale Deutsche Nationalzeitung sein Ausscheiden aus dem Bundestag 1980 bedauert hat.

Die Ernennung von Jaeger ist offensichtlich eine späte Dankbarkeitsadresse des Bundeskanzlers Kohl an den einzigen Gegner des Kreuther Trennungsbeschlusses und damit an den treuen Vasallen des damaligen Oppositionsführers.

Die Bundesregierung sollte Dr. Jaeger schleunigst aus der Menschenrechtskommission abberufen, wenn nicht ein unabsehbarer Schaden bei der Durchsetzung der Menschenrechte in diesem internationalen Gremium stehen sollte.

(-/16.2.1984/ks/va)

+ + +



Selbstbestimmung für das sahrauische Volk

Bonn muß zur Unterstützung des entsprechenden UN-Beschlusses aktiv werden

Von Uwe Holtz MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Internationale Beziehungen und
Entwicklungspolitik beim SPD-Parteivorstand

Entgegen internationaler Aufforderung und Beschlüsse, insbesondere der Vereinten Nationen und der OAU, hat Marokko es an konstruktiven Schritten fehlen lassen, damit das vereinbarte Referendum über die Zukunft der ehemaligen spanischen Kolonie West-Sahara auch tatsächlich zustande kommt. Nachdem der für das vorgesehene Referendum letzte Termin am 31. Dezember 1983 ergebnislos verstrichen war, entsandte die Kommission für Internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand eine Delegation unter meiner Leitung in die West-Sahara, deren Bericht sich wie folgt zusammenfassen läßt:

- Die SPD und die Frente Polisario stimmen weiterhin darin überein, daß es sich bei dem Konflikt in der westlichen Sahara um ein Problem der Dekolonisierung handelt, das eine gerechte und endgültige Lösung nur durch die freie Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des Volkes der Sahrauis finden kann. Die SPD teilt nicht die marokkanische Behauptung der Zugehörigkeit der West-Sahara zum Staatsgebiet Marokkos.
- Jegliche militärische Intervention ausländischer Mächte in diesem Konflikt der Dekolonisierung erschwert eine gerechte und friedliche Lösung des Problems. Durch die zunehmenden Waffenlieferungen der USA und Frankreichs an Marokko wird der gefährliche Weg der Internationalisierung des Konflikts beschritten. Die SPD verurteilt jegliche militärische Unterstützung Marokkos in der West-Sahara-Frage und fordert, daß es keine Ausrüstungshilfe der Bundesregierung an die marokkanische Armee geben darf. Eine politisch friedliche Lösung des Konflikts um die West-Sahara würde auch im Interesse Marokkos liegen, das zur Zeit einen ruinösen Krieg mit hohen sozialen Kosten für die eigene Bevölkerung führt.
- Das von der Polisario anlässlich des Besuchs der SPD-Delegation wiederholt unterstrichene Prinzip der Blockfreiheit kann dauerhaft nur realisiert werden, wenn



nicht die Gegner der Sahrauis einseitig militärisch und entwicklungspolitisch fortgesetzt unterstützt werden. Immerhin ist es bemerkenswert, daß bisher - wohl auch wegen der betonten Blockfreiheit - kein Staat des Ostblocks die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) anerkannt hat, zu der immerhin inzwischen 56 Staaten unterschiedlicher politischer Auffassung der Dritten Welt diplomatische Beziehungen aufgenommen haben. Die SPD fordert die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft auf, dem sahrauischen Volk zumindest humanitäre Hilfe zu gewähren.

- Die SPD ist der Auffassung, daß das sahrauische Volk im Kampf um die Rohstoff-, insbesondere phosphatreiche Region im Nordwesten Afrikas nicht wirtschafts- und außenpolitischen Interessen geopfert werden darf. Noch immer hat Gewalt gegen eindeutige Rechtspositionen zur Radikalisierung der Unterdrückten und Flüchtlinge beigetragen. Eine Einverleibung der gesamten Region und der dort lebenden Menschen in das Staatsgebiet Marokkos würde auch dem Gleichgewicht im Maghreb schaden.
- Die SPD hält eine internationale politische Aktion für nötig, die den Sahrauis die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts und die Rückkehr in die Heimat ermöglicht. Der "vergessene Krieg" um die West-Sahara muß durch konkrete Verhandlungen politisch friedlich zu einem Ende gebracht werden. Die internationale Gemeinschaft muß konstruktiv tätig werden, damit die durch Konsens angenommene Entschließung der Vereinten Nationen vom November 1983 verwirklicht werden kann. Die UN hatten das Königreich Marokko und die Polisario zu direkten Verhandlungen mit dem Ziel aufgefordert, zu einem Waffenstillstand zu gelangen, der die notwendigen Bedingungen für ein friedliches und gerechtes Referendum in Hinblick auf die Selbstbestimmung des Volkes der West-Sahara schafft. Die SPD erwartet von der Bundesregierung, daß sie sich aktiv für die Realisierung des UNO-Beschlusses einsetzt.

(-/16.2.1984/ks/va)

+ + +



Der Bundesminister der Verteidigung ist gefordert

Die Dienstzeitbelastung der Soldaten muß verringert werden

Von Peter Würtz MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Am 10. März 1982 verabschiedete der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages den folgenden interfraktionellen Entschließungsantrag: "Der Verteidigungsausschuß fordert die Bundesregierung auf, bei der Gewährung der Ausgleichszulage für Spitzendienstzeiten nach dem Wehrsoldgesetz beziehungsweise der Bundesbesoldungsordnung eine befriedigende und gerechte Regelung herzustellen. Dabei dürfen Ausbildungsforderungen an die Truppe und deren Leistungsnormen nicht zum Nachteil der Verteidigungsfähigkeit und der diesen Dienst leistenden Soldaten verringert werden. Insbesondere soll das Bundesministerium der Verteidigung prüfen, ob eine von den Dienststunden unabhängige Zulage für den Truppendienst in Kampf- und Kampfunterstützungsverbänden auf der Ebene der Kompanie, Bataillone und Regimenter die gerechtere Lösung darstellt."

Das Bundesministerium der Verteidigung ist den Parlamentariern im Verteidigungsausschuß bisher jede Antwort auf diesen Antrag schuldig geblieben. Dies hat den Obmann der SPD im Ausschuß, Erwin Horn, am 17. November 1983 veranlaßt, den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses aufzufordern, den Verteidigungsminister an diese seit fast zwei Jahren unbeantwortete Entschließung des Ausschusses zu erinnern und diese Antwort endlich anzunehmen. Auch auf diese Aufforderung erfolgte bisher keine Reaktion.

Das Thema Dienstzeitbelastung, Dienstzeitausgleich, Dienstzeitregelung für Soldaten der Bundeswehr ist bekanntlich ein heißes Eisen. Es wird aber nicht dadurch leichter zu handhaben, daß man es sozusagen "im Feuer läßt". - Worum geht es? Erinnern wir uns:

Die Entschließung des Ausschusses vom 10. März 1982 war eine Folge der erheblichen Unruhe, die durch die Neufassung des Katalogs der empfangsberechtigten Einheiten und Verbände für den Spitzendienstzeitausgleich durch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) im Jahr 1981 in der Truppe ausgelöst worden war. Andere Folgen waren in der Praxis nicht durchsetzbare Anweisungen zur Kürzung des wöchentlichen Dienstzeitansatzes und Musterprozesse von durch die Neuregelung benachteiligten Soldaten über den Deutschen Bundeswehrverband gegen den Dienstherrn. Dr. Manfred Wörner, der neue Verteidigungsminister, beeilte sich, noch am Tag seiner Ernennung (5. Oktober 1982) der "Welt" zu diesem Thema zu sagen: "Ich habe noch in der Opposition den sogenannten Dienstzeiterlaß als einen Skandal bezeichnet. Er wird unter meiner Verantwortung keinen Bestand haben."

Dennoch bleibt festzuhalten: Außer der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel, um die nachweisbar entstandenen Spitzendienstzeitbelastungen finanziell auszugleichen, und einem taktischen Teiltrückzug des Verteidigungsministeriums bei den Musterprozessen ist alles noch beim alten: Der Dienstzeiterlaß in der vom jetzigen Verteidigungsminister selbst als Skandal bezeichneten Form ist nach wie vor in Kraft! Nach wie vor leisten 82 Prozent aller Soldaten im Heer über 56 Wochenstunden Dienst, 70 und mehr Wochenstunden sind bei Luftwaffe und Marine keine Seltenheit!



Trotz aller Bemühungen des Deutschen Bundeswehr-Verbandes und trotz mehrerer parlamentarischer Anfragen von Abgeordneten aller Fraktionen des Deutschen Bundestages, diesen angesichts der Entwicklung im gesamten öffentlichen Dienst (einschließlich Polizei und Bundesgrenzschutz) oder gar in der freien Wirtschaft höchst unsozialen und doch wohl auch gesetzeswidrigen Zustand zu beseitigen, ist seitens des Bundesministeriums der Verteidigung nichts geschehen. Noch im Dezember 1983 heißt es in einer offiziellen Antwort an ein Mitglied des Bundestages: "Eine grundsätzliche Lösung, die entweder Erhöhung des Personalbestandes oder Abbau von Aufgaben voraussetzen würde, ist unter den gegebenen sicherheits- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen auf absehbare Zeit nicht zu erwarten."

Von einer gesetzlichen Dienstzeitregelung für Soldaten ganz zu schweigen! Sie wird vom Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministers der Verteidigung in schöner Regelmäßigkeit schlicht als "durch den Verfassungsauftrag der Bundeswehr und die Verpflichtungen im Rahmen der NATO nicht zulässig" abgetan. Damit wir uns richtig verstehen: Niemand unter den Soldaten, und auch ich nicht, fordert die 40-Stunden-Woche für die Bundeswehr. Aber wir müssen doch nach 28 Jahren Bundeswehr im Frieden in der Lage sein, so etwas wie eine "Normalbelastung" und eine "höchst zulässige Belastung" zu definieren und verbindlich festzulegen! Es muß doch zu erreichen sein, daß in Friedenszeiten verbindliche Maßstäbe für die Dienstzeitanforderungen gesetzlich festgelegt werden können, die endlich dazu führen, daß eine ganze Berufsgruppe aus einer sozialen Diskriminierung herausgeführt wird, die darin besteht, daß Dienstzeitbelastung und Freizeit der Soldaten auch heute noch zum Teil "nach Gutsherrenart" festgesetzt beziehungsweise großzügig gewährt oder aber gestrichen wird. Der Hinweis darauf, daß es auch in anderen durchaus einsatzfähigen und präsenten NATO-Streitkräften Elemente gesetzlicher Dienstzeitregelungen gibt, sollte auch den Verantwortlichen in der Bundesrepublik zu denken geben.

(-/16.2.1984/ks/va)

+ + +



Ein guter Freund hat uns verlassen

Wir trauern um Helmut Minta, Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Nur wenige Tage nach seinem 60. Geburtstag erlosch nach einem kurzen schweren Leiden das Leben von Helmut Minta. Die, die ihn kannten, nehmen schweren Herzens Abschied von einem Mann, der mit seinem Leben und Wirken Zeichen setzte, die über den Tag hinaus reichen. Die Sozialdemokraten verlieren einen engagierten Mitstreiter, die Arbeitnehmer einen Mann, der zuverlässig immer auf ihrer Seite zu finden war, die Bediensteten der Bundesanstalt einen "Vize", der schon allein deshalb ihr Vertrauen genoß, weil er sich beispielhaft durch Engagement und Leistung von ganz unten bis zur Spitze hochgearbeitet hat und dies nie vergaß.

Helmut Minta wurde am 2. Februar 1924 in Duisburg geboren. Nach dem Abitur kam er von 1943 bis 1945 an die Ostfront. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft absolvierte er eine Dolmetscherausbildung und war für knapp zwei Jahre als Sprachlehrer tätig. 1949 trat er in die Dienste der Arbeitsverwaltung. Sein Beruf wurde zu seinem Lebensinhalt. Erste Erfahrungen sammelte er in der Leistungsabteilung und als Vermittler am Arbeitsamt Duisburg. Es folgte eine Tätigkeit als Dolmetscher beim Internationalen Arbeitsamt in Genf. 1956 kam er zur Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) nach Frankfurt. Nach drei Jahren war er bereits Leiter der Auslandsabteilung, nach weiteren zehn Jahren Direktor der Zentralstelle. Im Juli 1970 wurde Minta zum Leiter der Abteilung I bei der Hauptstelle der Bundesanstalt in Nürnberg berufen. Zu seinen Aufgaben gehörten unter anderem Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktbeobachtung, Arbeitsmarktstatistik und Arbeitsvermittlung. 1975 schließlich wurde er Vizepräsident der Bundesanstalt.

Auf allen seinen beruflichen Ebenen hat er seinen Ehrgeiz daran gesetzt, die Bundesanstalt zu einer Serviceeinrichtung für die Versicherten zu machen. Die alte Stempelstelle Arbeitsamt war ihm ein Greuel. Immer wieder hat er sich für eine offensive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt. Jede Mark, die er für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder berufliche Qualifizierungsanstrengungen locker machen konnte, war ihm wichtiger als die Auszahlung des Arbeitslosengeldes. Bei Auftritten in der Öffentlichkeit und den Selbstverwaltungsorganen hat er nie einen Hehl daraus gemacht, wo sein Herz schlug: bei den kleinen Leuten.

Als Vizepräsident stand er im Schatten des Präsidenten. Das hat ihn nicht bedrückt. Gewissenhaft versah er sein Amt. Zäh focht er für seine Überzeugungen. Das ist nun alles vorbei. Wir müssen Abschied nehmen von einem der unseren. Wir werden seinen Rat schmerzlich vermissen. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen. (-/16.2.1984/va/bgy)

+ + +

